

26.03.2024

Antifeminismus

Ausgangslage

Deutschland ist auch 2024 noch weit von einer tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen entfernt: Ein Großteil der unbezahlten [Sorgearbeit](#) wird von Frauen erledigt, die sich um Kinder und Pflegebedürftige kümmern und den Haushalt stemmen. Der [GenderPay Gap](#), also der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, ist mit 18% immer noch sehr hoch. Der Frauenanteil in Führungspositionen bleibt weiterhin [niedrig](#). Und auch in der politischen Repräsentation sind wir von der Parität weit entfernt: der Frauenanteil im aktuellen Bundestag liegt nur bei 34,8%.

Position des DGB

Die eigenständige Existenzsicherung für Frauen und Männer ist unser gleichstellungspolitisches Leitbild. Wir stehen für die faire Aufteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Familienarbeit zwischen Männer und Frauen, fordern ein bedarfsgerechtes öffentliches Angebot für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen und eine Arbeitswelt frei von Diskriminierung und Gewalt. Der Internationale Frauentag und der Equal Pay Day sind fest mit uns verbunden. Wir fordern die Umverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, Entgeltgleichheit, eine Steuer- und Sozialgesetzgebung, die Geschlechtergleichstellung vorantreibt, mehr Frauen in Führung, Parität in den Parlamenten, sowie gleiche Rechte und Respekt für alle Familienkonstellationen und Geschlechter. <https://frauen.dgb.de/themen/++co++b7b42006-dbab-11ee-85ad-f3fb8db8c9ec>

Die AfD: Traditionelle Rollenbilder und Kampf gegen Gleichstellung der Geschlechter

Argument der AfD: Die AfD steht für den Schutz von Frauen und verteidigt beispielsweise Frauenrechte gegen Islamisierung.

- Die AfD nutzt das Thema Frauenrechte, um rassistische Vorurteile zu verstärken. Abwertung von Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt schreibt die AfD in erster Linie dem Islam zu. Im deutschen Kontext dagegen leugnet sie das Problem.
- Was die AfD tatsächlich von Feminismus hält? Der AfD-Spitzenkandidat bei der Europawahl, Maximilian Krah, bezeichnet den Feminismus als „[Krebs](#)“ und pöbelt: „Feministinnen sind alle hässlich und grässlich.“
- Die AfD sieht Frauen vor allem im Kontext von Mutterschaft, Ehe und Familie. Im Bundestag beträgt der Frauenanteil der AfD-Fraktion nur 11 Prozent und auch in allen AfD-Landtagsfraktionen sind Frauen unterrepräsentiert.
- In einer Bundestagsrede zum Internationalen Frauentag 2023 führt die AfD-Abgeordnete Mariana Iris Harder-Kühnel aus: „Frauen sind gleichberechtigt, Frauen sind wahlberechtigt und eine strukturelle Diskriminierung von Frauen findet nicht statt.“ (<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20092.pdf>)

Argument der AfD: Wenn Frauen sich heutzutage entscheiden wollen, Hausfrau und Mutter zu sein, wird das gesellschaftlich geächtet. Viele Frauen fühlen sich unter Druck gesetzt, unbedingt Familie, Kinder und eine berufliche Karriere unter einen Hut bringen zu müssen.

Falsch: In der Realität haben viele Frauen gar keine freie Wahl, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen. Denn es mangelt an Kitaplätzen und Ganztagsbetreuung in der Grundschule genauso wie an Unterstützung für Pflegenden. Und die Arbeitgeber bieten viel zu selten flexible Arbeitszeitmodelle oder Homeoffice. Wenn Frauen für Familienarbeit auf Erwerbstätigkeit verzichten, sind sie dauerhaft wirtschaftlich abhängig und im Alter arm.

- Die AfD tut alles dafür, diesen Mangel an Wahlmöglichkeiten zu verfestigen: 2020 hat sie einen [Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht](#), in dem sie die Bundesregierung auffordert, ihre Maßnahmen zur tatsächlichen Gleichstellung zu beenden. Die AfD forderte u.a., nationale Gesetze und Initiativen, die das Ziel haben, den Frauenanteil in bestimmten Bereichen zu erhöhen, zu revidieren.
- Die für viele Eltern wichtige Kinderbetreuung in Kindertagesstätten sieht die AfD als Versuch, „den Eltern möglichst früh die Kinder zu entreißen und sie einer staatlich organisierten Erziehungsanstalt zu übergeben.“ ([Münsteraner AfD-Politiker Martin Schiller](#))

Argument der AfD: Der sog. Gender Pay Gap wird künstlich hochgerechnet – Frauen verdienen im Schnitt weniger, weil sie sich niedriger bezahlte Berufe aussuchen, häufiger in Teilzeit arbeiten wollen und für Kinder- und Familienbetreuung häufigere Pausen in der Erwerbskarriere haben.

- Der Gender Pay Gap misst den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen: 2023 verdienen Frauen im Schnitt 18% weniger als Männer. Auch wenn wir uns den bereinigten Pay Gap anschauen, bei dem Frauen mit Männern mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien verglichen werden, verdienen sie im Schnitt 6 % weniger pro Stunde als Männer.
- Die schlechtere Bezahlung von Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitsberufen ist sachlich nicht gerechtfertigt, weswegen sich der DGB für eine finanzielle Aufwertung frauendominierter Berufe einsetzt.
- Berufliche Ausstiege und reduzierte Arbeitszeiten zugunsten von Kindererziehung und Pflegebedürftigen sind zudem oft nicht selbstgewählt, sondern Folge der unzureichend ausgebauten Betreuungsinfrastruktur und des mangelnden Entgegenkommens von Arbeitgebern.

Positionen und Zitate der AfD

- Die AfD lehnt Gleichstellungspolitik und Antidiskriminierungsgesetze ab – die mühsam erkämpfte gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen soll wieder eingeschränkt werden (Grundsatzprogramm, S. 56: „Geschlechterquoten sind leistungsfeindlich und ungerecht“). https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf
- Die AfD will zurück zu traditionellen Rollenbildern, in denen Frauen die Rolle der Hausfrau und Mutter zugewiesen wird – das bedeutet eine Verdrängung von Frauen aus der Arbeitswelt und dem öffentlichen Leben (Grundsatzprogramm, S. 40-44.)
- Schwangerschaftsabbrüche sollen erschwert werden. Im Grundsatzprogramm wird unter der Überschrift „Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene“ festgestellt: „Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.“ (Grundsatzprogramm, S. 44.)
- Auch im Kapitel „Familienpolitik“ im Europawahlprogramm 2024 lehnt die AfD das Recht auf Abtreibung ab, fordert, „die Gender-Ideologie zu stoppen“ und zu traditionellen Geschlechterrollen zurückzukehren: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16-_-AfD-Europawahlprogramm-2024-_-web.pdf (S. 46-47).